



Regierungsratsbeschluss vom 24. April 2018

Kantonale Volksinitiative (Gesetzesinitiative) „zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)“; Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Verfahren

P171081

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, die Kantonale Volksinitiative (Gesetzesinitiative) «zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)» dem Stimmvolk ohne Gegenvorschlag und mit der Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten.

Begründung

Der politischen Bildung kommt grosse Bedeutung zu, die Einführung eines separaten Faches Politik ist jedoch der falsche Weg. Mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat hat sich der Kanton Basel-Stadt zur Harmonisierung der Lehrpläne mit den anderen Beitrittskantonen und zur Koordination der Lehrmittel auf sprachregionaler Ebene verpflichtet. Die Harmonisierung der Lehrpläne erfolgt in der Deutschschweiz mithilfe des Lehrplans 21. Politische Bildung ist im Lehrplan 21 kein eigener Fachbereich. In allen drei Zyklen werden jedoch Kompetenzen zum Thema «Politische Bildung» erworben. Zudem ist politische Bildung prominent als fächerübergreifendes Thema «Politik, Demokratie und Menschenrechte» unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung (BNE) präsent.

Ein Fach «Politik» stünde im Widerspruch zum interkantonal getragenen Anliegen, gesellschaftlich relevante Themen im Sinne der im Lehrplan 21 formulierten «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) von einzelnen Fächern zu lösen und in möglichst alle Fächer und Fachbereiche einzubinden. Mit dem Entscheid für ein separates Fach «Politik» in der Volksschule stünde der Kanton Basel-Stadt alleine da. Die von der Initiative geforderten Inhalte und Kompetenzen sind auch Teil des Lehrplans 21. Die Einführung eines separaten Faches «Politik» stünde dem Entscheid des Erziehungsrates entgegen, der sich mit der Inkraftsetzung des Lehrplans 21 und der Stundentafel an die interkantonalen Empfehlungen gehalten hat. Die Initiative verlangt die Einführung eines Faches Politik, ohne dass die «maximal zulässige Lektionenzahl» überschritten werden soll. Bei gleich bleibender Lektionenzahl wäre dies nur auf Kosten eines anderen Faches möglich. Müsste für das Fach «Politik» eine zusätzliche Lektion eingesetzt werden, würden massive Kos-

ten von rund CHF 500'000 jährlich entstehen. Ferner würde dies zu einer zusätzlichen Belastung der Schülerinnen und Schüler führen.

